

ihrem Interesse liegen, Studenten, die sich hierfür oder für den wenig angesehenen Lehrerberuf interessieren, durch Studiengebühren abzuschrecken. -cre-

\*(15)

#### Der Lehrerberuf wird immer unattraktiver

Einem Bericht der *Guangming-Zeitung* zufolge laufen den Grund- und Mittelschulen die Lehrer davon. Geringer Verdienst, Wohnungsprobleme, unbefriedigende Unterrichtsbedingungen, Arbeitsüberlastung und der niedrige soziale Status seien die Gründe dafür, daß viele Lehrer den Schuldienst quittierten, um eine besser bezahlte Arbeit anzunehmen.

Untersuchungen der Pädagogischen Hochschule Beijing hätten ergeben, daß 1984 18% der Absolventen sich geweigert hätten, als Lehrer zu arbeiten. 1986 beabsichtigten 112 von 285 befragten Absolventen, ihre Stellung in der Schule aufzugeben. Von den 24 Absolventen, die 1964 an einer Beijing-Mittelschule begonnen hätten, unterrichteten heute nur noch fünf. Ähnliches werde aus anderen Landesteilen gemeldet: In der Provinz Jiangsu hätten 1986 999 Mittelschul- und 575 Grundschullehrer die Schule verlassen. Bei einer Umfrage unter tausend Lehrern in Tianjin erklärten zwar 80% von ihnen, daß sie ihren Beruf liebten, nur 28,5% aber würden sich, erneut vor die Wahl gestellt, noch einmal für den Schuldienst entscheiden.

Viele Lehrer, so heißt es weiter, nannten als Grund für ihre Unzufriedenheit das geringe Gehalt. Das sei in den letzten Jahren zwar gestiegen - eine Erhebung in Beijing habe ein Durchschnittsgehalt von 111,44 Yuan monatlich ergeben -, liege aber noch immer 5% unter dem Durchschnitt. Außerhalb der Schule böten sich viel bessere Verdienstmöglichkeiten. Als Beispiel wurde ein ehemaliger Kunstlehrer in Beijing genannt, der statt 80 Yuan monatlich jetzt als Modezeichner 240 Yuan verdiene.

Auch die Wohnungsfrage spiele beim Berufswechsel eine Rolle. Ein Beamter der Schulbehörde im Beijinger Distrikt Xuanwu habe berichtet, mehr als tausend Lehrer müßten sich dort mit 3,5 und weniger Quadratmeter Wohnraum pro Familienmitglied begnügen; etwa 250 Lehrer, die geheiratet hätten oder heiraten wollten, warteten auf eine

Wohnung. Da die Schulen ihnen keine besseren Wohnungen zur Verfügung stellen könnten, müsse man sie ziehen lassen, wenn sie das Angebot eines Arbeitgebers oder einer Einheit annehmen wollten.

Die Arbeitsbedingungen der Lehrer, hebt der Bericht hervor, ließen ebenfalls zu wünschen übrig. Viele Grundschullehrer hätten ein wöchentliches Unterrichtspensum von über 20, manche sogar von über 28 Stunden zu erfüllen; Mittelschullehrer unterrichteten 12 bis 16 Stunden die Woche. Zudem müßten sie viel Zeit für die Unterrichtsvorbereitung und das Korrigieren von Hausarbeiten aufwenden. Für Fortbildung bliebe kaum Zeit. Andere Hochschulabsolventen hingegen, die in Forschungsunternehmen, Universitäten, Betrieben oder Unternehmen arbeiteten, hätten viel mehr Möglichkeiten zu forschen, zu publizieren und zwecks Weiterbildung ins Ausland zu gehen; auch die Aufstiegschancen seien besser (GMRB, 17.8.88).

Am folgenden Tag ließ die *Guangming-Zeitung* Pädagogen und Studenten zu Wort kommen, die unisono die unbefriedigenden Perspektiven des Lehrerberufs, vor allem das niedrige Gehalt, beklagten, und empfahl eine gründliche Prüfung der Situation (GMRB, 18.8.88). Die ist in der Tat alarmierend. Berechnungen ergaben, daß der Bedarf an Mittelschullehrern, der mit der Einführung der neunjährigen Schulpflicht weiter steigen wird, bei der gegenwärtigen Ausbildungskapazität nicht befriedigt werden kann (vgl. C.a. 1988/1, Ü 30). Und unter den ausgebildeten Lehrern wächst die Neigung, den Schuldienst zu quittieren bzw. gar nicht erst anzutreten, um entschieden lukrativere Arbeiten anzunehmen. Dieser Entwicklung könnte nur eine finanzielle und soziale Aufwertung des Lehrerberufs entgegenreten, die indes auch langfristig kaum zu gewährleisten ist. -cre -

\*(16)

#### Schriftsteller als Unternehmer

Nach einem Bericht der *Überseeausgabe der Volkszeitung* vom 8.8.88 geben mehr und mehr Schriftsteller das Schreiben auf, um sich dem Geschäftsleben zuzuwenden. So sei der Autor Lu Weilin auf die Insel Hainan gezogen und habe dort zwei Firmen gegründet. Die Dramatiker He Xingtong und Wu Qitong hätten gemeinsam mit

dem Schriftsteller Gu Xiaoyan in Hainans Hafenstadt Sanya ein Entwicklungsunternehmen eröffnet. Schon würden Stimmen laut, die den Niedergang der Literatur befürchteten, falls sich diese Entwicklung fortsetze. Der Schriftsteller Feng Jicai habe dagegen vorgeschlagen, die Tantiemen anzuhäufeln, damit die Literaten genügend verdienen, um sich auf das Schreiben konzentrieren zu können (nach SWB, 11.8.88).

In letzter Zeit mehren sich die Klagen der Schriftsteller und Übersetzer über zu geringe Einkünfte. Seit 1986 sind sie gesetzlich verpflichtet, 20% ihrer Tantiemen steuerlich abzuführen. Die sind ohnehin sehr niedrig. Ein Schriftsteller erhält zwischen sechs und zwanzig, ein Übersetzer zwischen vier und vierzehn Yuan (TKB, 12.5.88). -cre-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(17)

#### Volksrepublik begrüßt neue COCOM-Liste

Am 15. September 1988 wird eine Lockerung der Ausfuhrbeschränkungen für Hochtechnologie-Produkte in östliche Staaten in Kraft treten. Das wurde am Sitz des Koordinationsausschusses für den Ost-West-Handel (COCOM) in Paris bekannt. Es handelt sich im wesentlichen um Informatik- und Telekommunikationsmaterial.

Die COCOM-Listen mit militärischen oder militärisch-relevanten Gütern, deren Export in kommunistische Länder untersagt oder nur mit besonderer Genehmigung erlaubt ist, wird alljährlich zu je einem Viertel einer Revision unterzogen. Die Exportrestriktionen betreffen nicht nur Waren, sondern auch Informationen über moderne Technologie. Dem 1949 gegründeten Koordinationskomitee gehören die NATO-Staaten ohne Island sowie Japan an.

Die Volksrepublik hat die Lockerungen bei den Exportbeschränkungen für hochentwickelte Technologie im Handel mit kommunistischen Ländern, die das Koordinationskomitee im Juli 1988 beschlossen hatte, begrüßt. "Wir sind glücklich, daß das COCOM beschlossen hat, die Beschränkungen für be-



stimmte Produkte zu lockern; das ist ein Schritt in die richtige Richtung", sagte der Direktor des nationalen Büros für Importe und Exporte von elektronischer Ausrüstung.

Unter die vom COCOM beschlossenen Lockerungen fallen neun bisher noch nicht bekannt gewordene Artikel. Nach Informationen aus Paris dürfte es sich u.a. um Büro-Computer und Ausrüstungsteile aus Lichtleitfasern für die Telekommunikation handeln. Die Liste mit den Produkten wurde durch den japanischen Ministerpräsidenten Takeshita bei seinem Besuch in Beijing Ende August 1988 überreicht. Als Mitglied des COCOM hat Japan beschlossen, die Exportbeschränkungen für sieben der neun Artikel bereits am 15. August 1988 aufzuheben, einen Monat früher als die anderen Mitgliedsstaaten. (HB, 20./21.8.1988) -lou-

\*(18)

#### Abkommen über Audi

Die Volkswagen AG, Wolfsburg, will ihr Engagement in der Volksrepublik ausbauen: Gemeinsam mit den First Automobile Works (FAW), Changchun, wurde am 23.8.1988 eine "Absichtserklärung" über die Grundzüge eines langfristigen Projektes zur Fertigung von Audi-Fahrzeugen unterzeichnet. Für VW sei dies die "konsequente Fortsetzung des in Shanghai begonnenen China-Engagements" zur Errichtung einer Basis in Südostasien, heißt es. Das bereits seit 1985 bestehende Shanghai-Joint-Venture zur Produktion des Santana litt bislang unter Anlaufschwierigkeiten.

Grundlage der Zusammenarbeit mit FAW sind Verträge, in denen die Lizenzvergabe zur Produktion des Audi 100, die Lieferung notwendiger Spezialwerkzeuge und Anlagen sowie die Lieferung von Automobilteilen für die lokale Fertigung geregelt werden. In der Endstufe der Lizenzfertigung soll die Jahreskapazität bei 30.000 Einheiten liegen. Geplant sei zudem die Gründung eines Joint Ventures, an dem die Volkswagen AG eine Minderheitsbeteiligung haben soll. Dieses neue deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen soll ab 1996 jährlich 150.000 Fahrzeuge für den chinesischen Markt, aber auch für den Export fertigen. (HB, 25.8.88) -lou-

\*(19)

#### Immer mehr chinesische Firmen in Hamburg

Chinesische Unternehmen bauen ihren europäischen Handelsstützpunkt in der Hansestadt Hamburg weiter aus. Nach einer Analyse der Handelskammer Hamburg zieht es vor allem Unternehmen aus den Provinzen der Volksrepublik China und Spezialunternehmen des Außenhandels an die Elbe.

Erst in jüngster Zeit wurde eine Reihe deutsch-chinesischer Gemeinschaftsunternehmen im Verkehr und Außenhandel gegründet. Darunter befindet sich die China Technology Trade-Deutschland GmbH, an der auf chinesischer Seite die China Technology Trade (H.K.) Ltd. und China Patent Agent (H.K.) Ltd., beide Hongkong, beteiligt sind und auf deutscher Seite die BHF-Bank, die Agiv AG für Industrie und Verkehrswesen sowie die DK-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg. Die Gemeinschaftsfirmen sollen in erster Linie mittelständische Unternehmen in beiden Ländern in Technologieaustausch, Investitionen, Kooperationen und allgemeinen Handels- und Finanzfragen beraten.

Gegenwärtig richtet auch die staatliche Versicherungsgesellschaft People's Insurance Company of China, Beijing, eine Repräsentanz in Hamburg ein. Die Gesellschaft unterhält in China 2.650 Zweigstellen und darüber hinaus 30 Büros im Ausland. Die Hamburger Repräsentanz wird sich hauptsächlich mit Transportversicherungen beschäftigen, in China werden die Sparten Sach-, Lebens- und Rückversicherungen abgedeckt.

Einschließlich dieser beiden Neugründungen ließen sich seit dem Jahr 1980 nach Untersuchungen der Handelskammer in der Hansestadt 23 chinesische Organisationen bzw. Unternehmen, z.T. als Gemeinschaftsunternehmen, nieder. Darunter ist die China United Trading Corporation GmbH., das chinesische Handelszentrum in Westeuropa. Hier betreuen derzeit etwa 70 Mitarbeiter 16 Fachabteilungen und Repräsentanzen chinesischer Provinzen und Städte. Außerdem gibt es ein deutsch-chinesisches Schlichtungszentrum, das bei Konflikten zwischen den Handelspartnern eingeschaltet wird.

Das chinesische Generalkonsulat, das einzige in der Bundesrepublik, schätzt die Zahl der in Hamburg lebenden Chinesen aus der Volksrepublik auf über 600 Personen, davon sind rd. 200 in den chinesischen Organisationen und Gesellschaften tätig. Außerdem bilden viele Hamburger Unternehmen chinesische Praktikanten und Lehrlinge aus. Am Bau des Speicherrings "Hera" des Forschungsinstituts Desy sind 43 Chinesen beteiligt.

Aber auch die Aktivitäten deutscher Unternehmen in China nehmen zu. Nach Angaben der Handelskammer gibt es inzwischen 16 Vertretungen Hamburger Firmen in der Volksrepublik China. Mittlerweile sollen mehr als 800 Hamburger Unternehmen aller Branchen Verbindungen nach China haben. So baut z.B. die Firma AMS Anlagenplanung GmbH z.Z. eine Großbrauerei in China. Die Körber AG (frühere Hauni-Werke) hat einen langfristigen Technologietransfervertrag mit einem chinesischen Partner abgeschlossen, der bisher aus Hamburg importierte, jetzt aber selbst herstellt. Andererseits entwickelt Messerschmitt-Bölkow-Blohm mit einer chinesischen Fluggesellschaft gemeinsam ein modernes Regionalflugzeug. Die Rolle Hamburgs als deutsches "China-Zentrum" bringt den in der Hansestadt ansässigen deutschen Unternehmen auch zusätzliche Geschäfte. Von Hamburger Firmen wird inzwischen mehr als ein Viertel aller deutschen Importe aus China abgewickelt. Gleichzeitig werden fast zwei Drittel aller deutschen Exporte nach China über den Hamburger Hafen verschifft. (FAZ, 17.8.88) -lou-

\*(20)

#### Großauftrag für Italiens Kraftwerksbau

Die Volksrepublik China hat den beiden italienischen Anlagenbauern Ansaldo und GIE (Gruppo industrie elettromeccaniche per impianti all'estero) einen Auftrag zur Errichtung eines Kohlekraftwerkes (700 MW) im Werte von 240 Mrd. Lire (ca. 325 Mio. DM) erteilt. Das Kraftwerk soll in Ligang (Provinz Jiangsu) errichtet und bis zum Jahre 1991 fertiggestellt werden.

Die GIE ist bereits seit dem Jahre 1972 auf dem chinesischen Markt tätig und erhielt erst kürzlich einen Auftrag zur Lieferung von Turbogeneratoren für das Wärmekraftwerk in Ligang.



In italienischen Kraftwerksbaukreisen wird die Auftragserteilung als wichtiger psychologischer Schritt für eine verstärkte Position Italiens im Bereich der chinesischen Industriewirtschaft gewertet. Die Volksrepublik China beabsichtigt, innerhalb der kommenden fünf Jahre rd. 35 Mrd.US\$ in den Kraftwerksbau bzw. in die Energiewirtschaft zu investieren. (NfA, 10.8.88) -lou-

\*(21)

#### Japanischer Kredit für die Volksrepublik

Der japanische Premierminister Noboru Takeshita kündigte bei Beginn seines sechstägigen Besuchs in der Volksrepublik an, daß Japan der Volksrepublik einen Kredit in Höhe von 850 Mrd.Yen (6,4 Mrd.US\$) für chinesische Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellen werde. In einem Treffen mit Premierminister Li Peng sagte Takeshita, daß Japan 810 Mrd.Yen als Yen-Kredit und 40 Mrd.Yen als ungebundene Kredite von der Japan Export-Import-Bank für die Zeit von 1990 bis 1995 vergeben werde.

Japanische Beamte teilten mit, die Kredite würden für 40 Entwicklungsprojekte genutzt werden, darunter hydroelektrische Kraftwerke, Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Stahlfabriken, Flugplätze und Häfen. Die neuen Kredite, die in die Periode des 8.Fünfjahresplanes der Volksrepublik fallen, überschreiten jene 770 Mrd.Yen, die Japan China in den letzten zehn Jahren zur Verfügung gestellt hatte. Mehr als 80% von Chinas Krediten kommen aus Japan. Nach Aussagen der japanischen Beamten würden die Kreditbedingungen jährlich festgesetzt werden, die Zinsrate für dieses Jahr beträgt 2,5%.

Takeshita und Li Peng diskutierten ein bilaterales Investitionsschutzabkommen, das am 26.8.1988 unterzeichnet wurde. Li sprach seine Hoffnung aus, daß durch dieses Abkommen japanische Investitionen in China zunehmen würden. Ein fehlendes Schutzabkommen war ein Grund dafür, daß japanische Geschäftsleute nur zurückhaltend investiert hatten. (AWSJ, 26.-27.8.88) -lou-

\*(22)

#### Japanisches Unternehmen erwirbt Landnutzungsrechte für 50 Jahre

Ein japanisches Unternehmen ist das erste ausländische Unternehmen, das Landnutzungsrechte von der chinesischen Regierung in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren erwarb. Die Sun Enterprises Ltd. schlug fünf andere Gesellschaften und erwarb die Rechte, ein 12.900 qm großes Grundstück in der Wirtschaftsentwicklungszone Hongqiao in Shanghai fünfzig Jahre lang zu nutzen. Das Unternehmen wird 104,16 Mio. Yuan für das Land bezahlen. Sun Enterprises planen, Wohn- und Büroräume, Restaurants, Geschäfte und Erholungseinrichtungen zu bauen. Der Verkauf von Landnutzungsrechten ist wohl die neueste und eine der nicht unumstrittenen Maßnahmen der Beijinger Regierung, Kapital für die wirtschaftliche Entwicklung ins Land zu ziehen.

Im Juli 1988 wurde in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Norden von Hongkong eine Landauktion abgehalten. Zwei chinesische Unternehmen erhielten den Zuschlag für die ausgeschriebenen Grundstücke.

Im sozialistischen China gehört der gesamte Grund und Boden dem Staat, doch die Ökonomen argumentieren in der Weise, daß ein Markt für Landnutzungsrechte Kapital bringen wird; dieser Markt würde auch eine effizientere Nutzung von Land mit sich bringen und die städtische Entwicklung ankurbeln. Der Nationale Volkskongreß hatte schon den Weg für den Verkauf von Landnutzungsrechten freigemacht, als er eine Verfassungsänderung beschloß und den Satz einfügte: "Landnutzungsrechte können entsprechend den rechtlichen Regelungen transferiert werden."

In einigen ländlichen Gebieten ist es den Bewohnern, die ihr Land nicht nutzen, erlaubt, dies an andere Bauern, die größere Flächen benötigen, zu verpachten. Ende 1987 wurden sieben städtische Gebiete benannt, die mit Landnutzungsverkäufen experimentieren könnten: Shenzhen, Shanghai, Guangzhou, Tianjin, Hainan, Fuzhou und Xiamen.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, betonte noch kürzlich, daß das öffentliche Eigentum an Grund und Boden in der Volksrepublik vorherrschen werde.

Diese Äußerung könnte jedoch auch als Beschwichtigung jener Parteimitglieder verstanden werden, die fürchten, daß die Volksrepublik ihren sozialistischen Charakter aufgrund erfolgreicher Privatunternehmen und von Landverkäufen verlieren könne. (AWSJ, 10.8.88) -lou-

\*(23)

#### Gute Exportergebnisse für elektronische Geräte und Werkzeugmaschinen

Die chinesische Elektronik- und Werkzeugmaschinenindustrie hat in den ersten sechs Monaten des Jahres 1988 Exporterfolge erzielt, die um 50% über denen des Vorjahreszeitraums liegen. Insgesamt wurden über die sechs Außenhandelsbüros des zuständigen Ministeriums von Januar bis Juni 1988 726 Mio.US\$ erwirtschaftet. Die Behörden schätzen, daß die über das Ministerium abgewickelten Exporte in diesem Jahr auf 1,5 Mrd.US\$ ansteigen werden. In diesen Zahlangaben sind nur die Exporte verzeichnet, die über das Ministerium abgewickelt wurden. Für die ersten fünf Monate des Jahres 1988 betrug die Gesamthöhe der Exporte der Elektronik- und Werkzeugmaschinenbranche laut *China Daily* 1,95 Mrd.US\$.

Ihre größten Erfolge haben die chinesischen Exporteure mit der Ausfuhr von schwerem Gerät für den Bergbau und die Schifffahrt sowie von Fernsehern und Tonbandgeräten. Derzeit ist die Volksrepublik dabei, ihre Rückstände im Technologiebereich aufzuholen. In Xi'an, in der Nordprovinz Shaanxi, wird eine "Elektronik-Stadt" gebaut. Dort sollen auf 15 qkm Fläche drei Universitäten entstehen. Gleichzeitig sollen dort 30.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, allein 10.000 davon in der Forschung. (China Daily, 6.8.1988) -lou-

\*(24)

#### Devisentauschzentren

In den Räumen der Shanghaier Bank of Communications befindet sich das Shanghai Foreign Exchange Adjustment Centre, ein Devisentauschzentrum. Neben Shanghai gibt es auch noch solche Zentren in den Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai und Xiamen sowie in Beijing. Diese Zentren bilden eine Art von legalem Schwarzmarkt für Devisen.



Die Zentren tauschen RMB in ausländische Währungen zu ausgehandelten Tauschraten, die sich etwa jenen nähern, die auf dem schwarzen Markt üblich sind. Um die Konkurrenzfähigkeit von staatlichen Handelsgesellschaften im Export aufrechtzuerhalten, ist ihnen erlaubt worden, einen größeren Teil ihrer Exporteinnahmen einzuhalten, um sie dann an solchen Tauschzentren zu höheren Raten als der offiziellen Tauschrate umtauschen zu können.

Am Shanghaier Umtauschzentrum fällt der Yuan täglich. Der US-Dollar wird zu 6,3 Yuan gehandelt, das bedeutet de facto eine 40%ige Abwertung gegenüber der offiziellen Tauschrate, die bei etwa 3,72 liegt.

Nach Angaben der Volksbank wurden 1987 ca. 10% der Exporteinnahmen, das waren ca. 4,2 Mrd. US\$, in RMB zu angepaßten Tauschraten umgetauscht.

Während die chinesischen Unternehmen früher gezwungen waren, ihre Einnahmen der Bank of China zum Umtausch zur offiziellen Rate anzubieten, können sie nun an die neuen Umtauschzentren gehen. Solche Transaktionen machen in Shanghai gegenwärtig ca. 50 Mio. US\$ pro Monat aus.

Natürlich ist die Effizienz solcher Umtauschzentren immer noch durch mangelhafte Kommunikationseinrichtungen begrenzt. Kunden aus den benachbarten Provinzen müssen beispielsweise über Entfernungen nach Shanghai reisen, um die nötigen Papiere zu unterzeichnen. Transaktionen durch Telex gibt es noch nicht. Hinzu kommt, daß die Umtauschzentren nicht miteinander verbunden sind. (AWSJ, 18.8.88) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

**\*(25)  
"Sehr ernste" Situation im Finanzwesen**

Nach Angaben aus Kreisen der Volksbank habe im 1. Halbjahr 1988 eine sehr ernste Situation im Finanzwesen geherrscht. Diese Situation wurde charakterisiert durch übermäßige Geldemission, die schnelle Zunahme von Krediten, das langsame Wachstum der Sparguthaben sowie akuten Mangel an Finanzmitteln.

Nach Zahlen, die von der Volksbank veröffentlicht wurden, habe die in Umlauf gebrachte Geldmenge in den ersten sechs Monaten des Jahres 1988 einen Umfang gehabt, den man seit Gründung der Volksrepublik noch nicht erlebt habe. Eine Analyse des in Umlauf gebrachten und abgezogenen Geldes während der genannten Periode zeigte, daß 8,86 Mrd. Yuan in Umlauf gebracht wurden. Insgesamt seien 17,16 Mrd. Yuan im ersten Halbjahr 1988 mehr in Umlauf gebracht worden als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Gegen Ende des Monats Juni 1988 wurde die gesamte umlaufende Geldmenge auf 154,3 Mrd. Yuan geschätzt, das waren 35,9% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Dieser Anstieg überschritt die Wachstumsraten sowie die Preissteigerungsraten des Landes.

Mit der gestiegenen Geldmenge stiegen auch die Bankkredite schnell an. Nach den Statistiken betrug die Kreditsumme, die von der Bank in den ersten sechs Monaten 1988 zur Verfügung gestellt worden war, 43,6 Mrd. Yuan mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Kredite für die Industrie, die in den vorangegangenen Jahren abgenommen hatten, schossen in die Höhe. Der saisonale Einbruch hinsichtlich der Kredite für den Handel war zu vernachlässigen. Während der ersten sechs Monate 1988 nahmen die Kredite für industrielle Unternehmen um 11,8 Mrd. Yuan zu, während der Einbruch bei den Krediten für kommerzielle Unternehmen sich auf 13,8 Mrd. Yuan belief.

Nach Meinungen von Finanzexperten war die plötzliche Zunahme bei den Bankkrediten in den ersten sechs Monaten 1988 - insbesondere Kredite für die Industrie - auf ein schnelles Wachstum der industriellen Produktion wie auch auf den akuten Mangel in der Materialversorgung zurückzuführen. Letzterer sei wiederum verursacht durch die relativ niedrige Wachstumsrate von Energie, Rohmaterialien und Fertigwaren. Diese Situation führte zu einem Ansteigen der Preise für Produktionsgüter und regte die Nachfrage nach Geld und Kredit an.

Während die Kreditvergabe durch die Banken stark anstieg, wuchsen die Bankeinlagen in den städtischen und ländlichen Gebieten nur recht langsam. Da der Einzelhandelspreisindex sehr stark anstieg, gerieten die Menschen in Panik. An einigen Orten kam

es sogar zu Panikkäufen, so daß das Wachstum der Spareinlagen beeinträchtigt wurde. Nach den Statistiken wuchsen die Spareinlagen in städtischen und ländlichen Gebieten um 41,9 Mrd. Yuan im ersten Halbjahr 1988, das waren 2,3 Mrd. weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Sicherlich im Zusammenhang mit dieser Situation wurde von einer Gruppe von Ökonomen dem Staatsrat kürzlich der Vorschlag gemacht, der Volksbank als Zentralbank größere Unabhängigkeit vom Finanzministerium einzuräumen. Die Ökonomen beschrieben die traditionelle Funktion der Volksbank als "Zahlschalter für das Finanzministerium". Dies müsse geändert werden, um die Geldemission kontrollieren zu können. Eine zu hohe Geldemission sei eine der wichtigsten Quellen für die gegenwärtige ernste Inflation.

Der Vorschlag ist in einem allgemeinen Bericht an den Staatsrat enthalten, der sich mit den Reformen in den nächsten fünf Jahren befaßt. Vorsitzender der Ökonomengruppe ist Liu Guoguang, stellvertretender Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, und Zhang Zhuoyuan, Direktor des Forschungsinstituts für Finanzen und Handelswesen, das der Akademie untersteht.

Liu Guoguang sagte, daß im gegenwärtigen Finanzsystem das Finanzministerium sich von der Volksbank die Mittel überweisen lasse, um das Finanzdefizit auszugleichen. Dies zwingt die Bank dazu, mehr Geld auszugeben.

Nach Angaben des Finanzministeriums betrug das Defizit im Jahre 1987 7,959 Mrd. Yuan. Der Staatsrat entschied, daß dieses Defizit durch die Ausgabe von Obligationen an spezialisierte Banken und das allgemeine Publikum auszugleichen sei, anstatt sich das Geld von der Bank überweisen zu lassen.

Liu erklärte, daß es eine dringende Angelegenheit sei, gesetzlich festzulegen, daß nur der Nationale Volkskongreß das Recht haben solle, hinsichtlich der Geldmenge Entscheidungen zu treffen und die Überwachung durchzuführen. Der Volksbank solle es verboten werden, durch Überweisungen das finanzielle Defizit auszugleichen. Zhang erklärte, daß das Bankengesetz auch vorschreiben solle, daß die Zentralbank ihre Kredite an die spezialisierten Banken einschränken müsse.